

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 5. März 2015

Gesch. Nr. 024/15

16.04.22 Gemeindeorganisation; Postulate

Dringliches Postulat René Truninger, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend „Spenden dulden – nicht mit Schulden“ / Begründung durch den Urheber und Nichtüberweisung / Substantielles Protokoll

[...]

5. GESCHÄFT-NR. 024/15

Dringliches Postulat René Truninger, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend „Spenden dulden – nicht mit Schulden“ – Begründung

Gemeinderat René Truninger, SVP, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 12. Januar 2015 folgenden Vorstoss ein:

Der Vorstoss trägt den Titel eines Postulates und ging am 29. Januar 2015 beim Büro des Grossen Gemeinderates ein.

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob

- die gegenwärtige Finanzierung von Entwicklungsprojekten im Ausland sowie die Partnerschaften im In- und Ausland angesichts der angespannten finanziellen Lage immer noch angemessen sind
- die nachstehenden Positionen von heute insgesamt Fr. 155'000.- künftig auf ein Maximum von Fr. 80'000.- zu beschränken sind.

Folgende Konti sind betroffen:

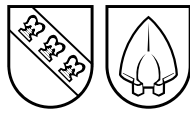
- 185.3640.00 Partnerschaften Inland
- 185.3670.00 Entwicklungsprojekte Dritte Welt
- 185.3670.10 Partnerschaften Europa

Begründung:

Die Gemeinde Illnau-Effretikon steht vor grossen finanziellen Herausforderungen. Nur durch zusätzliche Sparbemühungen des Gemeinderats konnte für das Jahr 2015 der vom Stadtrat budgetierte Aufwandüberschuss weggespart werden. Sparbemühungen bei einem gegenwärtigen Schuldenstand von 57 Millionen Franken, den hohen künftigen Investitionen sowie den steigenden Sozialkosten sind notwendig. Bevor eine Steuererhöhung in Betracht gezogen wird, weitere Gebühren erhöht oder erhoben werden oder Leistungen zu Lasten unserer Einwohnerinnen und Einwohnern abgebaut werden, sollen auch Zuwendungen für Partnerschaften im In- und Ausland sowie Entwicklungsprojekte im Ausland kein Tabu sein. Bei derartigen Finanzierungen, welche den Einwohnerinnen und Einwohnern von Illnau-Effretikon nicht direkt zugute kommen, muss primär gespart werden.

Der Grosse Gemeinderat hat an seiner letzten Budgetdebatte die Lohnanpassungen für das städtische Personal von Fr. 175'000.- auf 90'000.- gekürzt. Im gleichen Verhältnis können nun auch die genannten drei Konti gekürzt werden. Und trotzdem ist weiterhin sichergestellt, dass der Stadtrat nach seinem Ermessen die Partnerschaften und Entwicklungsprojekte ausreichend unterstützen kann.

Urheber: Gemeinderat René Truninger, SVP



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 5. März 2015

Mitunterzeichnende: Gemeinderätin Marianne Baracchi-Meier, SVP
Gemeinderat Heinrich von Bassewitz, SVP
Gemeinderat Daniel Huber, SVP
Gemeinderat André Büecheler, SVP
Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP
Gemeinderat Ueli Kuhn, SVP
Gemeinderat Paul Rohner, SVP
Gemeinderat Roger Miauton, SVP
Gemeinderat Peter Wohlgensinger, SVP
Gemeinderat Herbert Kempf, SVP

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Postulat taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die Vorschriften, wie sie an Postulate gemäss Art. 69 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.

BEHANDLUNG IM RAT

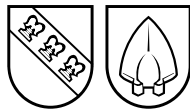
Gemeinderat René Truninger, SVP, begründet den eingereichten Vorstoss anhand des zu Grunde liegenden Postulatstextes. Der Titel des Postulates spreche für sich selbst – die Vornahme von Spenden sei durchaus in Ordnung; jedoch nur solange, wie es der städtische Finanzhaushalt auch zulasse. Die lange Tradition der Stadt Illnau-Effretikon, sich in Entwicklungshilfefragen zu betätigen, geht zurück auf einen Beschluss, welcher die Gemeindeversammlung der damaligen Gemeinde Illnau im Jahre 1972 gefasst hatte. Demnach sollen jährlich mindestens Fr. 30'000.- und maximal ein Prozent der Steuereinnahmen im Sinne der Entwicklungshilfe im Ausland aufgewendet werden. Die ehemalige Gemeinde Illnau wies gemäss der entsprechenden Jahresrechnung vor 43 Jahren einen Schuldbestand von Fr. 22.9 Millionen aus. Im Gegensatz dazu besteht heute ein Schuldenberg von Fr. 57 Millionen, was einer Steigerung von rund 250 % entspricht. Die aktuell ramponierte Finanzlage berechtigt, den damaligen Entscheid in Frage zu stellen.

Die Steuerzahler/innen sind schon heute – ohne jegliches diesbezügliches Mitspracherecht auf Bundes- und Kantonebene – dazu verpflichtet, Spenden mitzufinanzieren. Dazu bestehe supplementär der interkantonale Finanzausgleich, wo der Kanton Zürich als Nettoeinzahler figuriert. Zudem werden auch Spenden der Kirchen getätigt, welche ebenso via Kirchensteuersubstrat generiert werden. Die Schweiz verhält sich in der Entwicklungszusammenarbeit ohnehin bereits sehr solidarisch – weitergehende diesbezügliche Entscheide sollten den Einwohnerinnen und Einwohner überlassen werden.

Auch der Stadtrat sei um die städtische finanzielle Lage besorgt, sonst hätte er wohl kaum ein Sparpaket aus der Taufe gehoben; nicht umsonst habe auch der Stadtrat im Rahmen dessen zu den entsprechenden drei Konti-Positionen Kürzungsvorschläge eingebracht.

Auch überparteilich habe man sich anlässlich vergangener Budgetdebatten weitgehend dahin organisiert, dass zu den entsprechenden Positionen Kürzungsanträge vorgebracht, diese aber weder durch den Stadtrat noch von einer Mehrheit des Grossen Gemeinderates gestützt worden sind.

Gemeinderat René Truninger betont, wonach er sich nicht grundsätzlich gegen Spenden ausspreche; bei gewissen Projekten oder anlässlich von Notsituationen könne die Ausrichtung von Spendengeldern durchaus eine sinnvolle Massnahme sein. Dem Stadtrat solle weiterhin die Möglichkeit eingeräumt werden, nach seinem Ermessen Projekte auszuwählen und einen ansehnlichen Betrag dafür aufzuwenden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 5. März 2015

Es stelle sich jedoch die Frage, ob die Einwohnerinnen und Einwohner mit Gebührenerhöhungen und Leistungsabbau abgestraft werden sollen, allenfalls gar Steuererhöhungen in Betracht zu ziehen sind, wenngleich Spendengelder ausgerichtet werden, ohne dass man sich dies eigentlich leisten kann?

Während den Wahlen schreiben sich alle Parteien die Wichtigkeit der gesunden Stadtfinanzen auf die Flagge bzw. sprichwörtlich auf das Wahlplakat. Es werde sich anlässlich der nachfolgenden Abstimmung zur Postulatsüberweisung einmal mehr zeigen, wer seinen Worten auch Taten folgen liesse.

Gemeinderat Truninger appelliert an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier und mahnt, beim Entscheid das Wohl der Stadt Illnau-Effretikon vor Augen zu haben.

Die Ratspräsidentin bittet den Stadtrat in Anwendung von Art. 72 Abs. 4 GeschO GGR bekanntzugeben, ob er gedenke, den Vorstoss entgegenzunehmen.

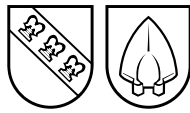
Stadtpräsident Ueli Müller, SP, Ressort Präsidiales, gibt namens des Gremiums bekannt, dass es keine Bereitschaft signalisiere, den Vorstoss zu bearbeiten. Die drei erwähnten Konti seien ohnehin Bestandteil des Sparpaketes, anlässlich welchem man sich darauf verständigt hatte, insgesamt Fr. 45'000.- über sämtliche Positionen der Entwicklungshilfe einzusparen. Das Paket sei entsprechend austariert und soll als Ganzes weitergeführt werden. Der im Vorstoss postulierte Inhalt stünde somit im Widerspruch zu der im Sparpaket Niederschlag gefundenen Intention des Stadtrates.

Ratspräsidentin Brigitte Rööfli fragt den Rat an, ob Bedarf zur Eröffnung einer Diskussion besteht, was durch einzelne Mitglieder angezeigt wird. Die Diskussion kann in Anwendung von Art. 72 Abs. 4 GeschO GGR direkt und ohne Ratsbeschluss eröffnet werden.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, bekräftigt namens der angeschlossenen Fraktion das Bekenntnis zum Sparpaket, welches durch den Stadtrat im Dezember 2014 geschnürt wurde. Die Fraktion der BDP werde dieses im Rahmen einer bürgerlichen Koalition entsprechend weiterhin unterstützen. Die BDP sei kein Beiboot einer beliebigen Partei – sie ist und bleibe eigenständig. Insbesondere dann, wenn sie durch die urhebende Partei des Postulates nicht einmal zur Stellungnahme konsultiert wurde. Die BDP lehne die Überweisung des vorstehenden Postulats entschieden ab.

Die Partnerschaften im Inland seien dennoch zu überdanken. Die Partnergemeinde Arvigo im Kanton Graubünden sei per 1. Januar mit einigen ihrer anstossenden Kommunen zur erweiterten Gemeinde Calanca verschmolzen. Die weitere Unterstützung erübrige sich, da der Staat Graubünden die Fusion massiv mit Staatgeldern unterstützt habe, die sich nicht zuletzt aus dem interkantonalen Finanzausgleich selektieren.

In seinem Votum entrutscht Gemeinderat Gehri wohl ein Versprecher, indem er die Gemeinde Calanca als Gemeinde „Calanda“ (wie die entsprechende Biermarke) betitelt, was im Rat für Erheiterung sorgt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 5. März 2015

Die Städtepartnerschaft mit Grossbottwar in Deutschland könne getrost aufgelöst werden; ausser einiger bilateraler Kontakte zwischen zweier weniger Vereine, sei daraus kein Mehrwert mehr zu erkennen.

Offenbar habe aber der Kürzungswahn im Bereich der Unterstützungszahlungen, die für die dritte Welt hätten bereitgestellt werden sollten, grassiert.

Auch Gemeinderat Gehri engagiert sich aus Überzeugung in seiner Funktion als Getränkehändler karitativ, indem er zwei Rappen pro umgesetzter Flasche Mineralwasser einem Projekt des Hilfswerkes Helvetas zuleitet.

Ein einzelner investierter Franken vermehre sich in Drittweltländern um sein Tausendfaches. Es sei zu vergegenwärtigen, wonach heutzutage mehr Menschen Zugang zu einem Mobiltelefon als zu einer Zahnbürste, ebenso mehr Erdbewohner/innen Zugang zum Internet als zu sauberem Wasser hätten.

Stadt, Solidarbasar und die Kirchengemeinden würden nicht nur Geld, sondern auch viel Zeit und Engagement in ihre wichtige Arbeit investieren.

Die SVP ziehe Grenzen hoch, wisse aber nicht, was auf der anderen Seite derselben vor sich gehe. Die grösste Gefahr für die Schweiz bestehe nicht mehr in der Form eines Feindes, der Territorialansprüche geltend machen wolle, sondern sie komme in der Gestalt der Migration daher. Mindestens liess sich der ehemalige Schweizer Nachrichtenchef in dieser Weise vernehmen. Die missliche Lage der syrischen Flüchtlinge, die sich in ihrer Not mit einer Flucht via Mittelmeer-Korridor ein besseres Leben in Europa versprechen, zuvor aber infolge Überlast des Transferbootes ihr Leben lassen müssen und sinken, bezeichne erst die Spitze des Eisberges einer Krise, die sich langfristig ökologisch auswirken werde.

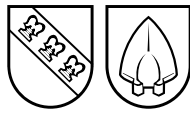
Die Ratspräsidentin mahnt zur Einhaltung der Redezeit; Gemeinderat Gehri steht für den Abschluss seines Votums noch eine Minute Zeit zur Verfügung.

Die BDP setze sich weiterhin für Entwicklungshilfeprojekte ein; verbunden sei damit auch die Unterstützung jener Errungenschaften, welche die Schweiz seit Jahr und Tag hochhält.

Die BDP lehne die Überweisung dieses ethisch und moralisch verwerflichen und fragwürdig anmutenden Postulates ab; sparen könne man bei jenen Positionen, welche nicht die Ärmsten und Schwächsten betreffen. Trotz der Schulden, solle man der dritten Welt verbunden bleiben.

Gemeinderat Marco Nuzzi. FDP/JLIE, will die Sache differenzierter betrachten. In erster Linie sei die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt Bundessache und nicht als Aufgabe im Portfolio einer Stadt zu betrachten. Auch im Inland seien weite Kreise der Gesellschaft bedürftig und demnach würden auch sie eine entsprechende Unterstützung verdienen. Sicherlich aber müsse man sich eingestehen, dass es den Schweizerinnen und Schweizern tendenziell besser ergehe als benachteiligten Personen im Ausland.

Gemeinderat Nuzzi bedauert – und das sehe er demnach ähnlich wie die Vertretung der BDP –, dass das Thema keiner überparteilichen Diskussion im Prozess der Erarbeitung des Vorstosses zugeführt wurde. Auch die FDP hätte wertvolle Inputs einzubringen gewusst. Denn schon anlässlich der vergangenen Budgetdebatte



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 5. März 2015

stand ein gemeinsamer Konsens in den Fragen zur Entwicklungshilfe fest; nun habe die SVP den Weg des Alleingangs beschritten.

Im Unterschied zur SVP steht die FDP zwar hinter den Entwicklungshilfeprojekten, stützt aber auch einige Punkte des Postulates hinsichtlich einer Grundhaltung (Abschnitt 1 des Postulates); in ihrer Haltung zur Neuparametrierung der einzusetzenden Finanzen weicht die Fraktion von der Position der SVP ab. Gefragt sei die konsequente Anwendung des Urbeschlusses der Gemeindeversammlung Illnau aus dem Jahre 1972; dieser umschliesse eine Bandbreite von Fr. 30'000.- bis zur maximalen Grösse eines Steuerprozentes. Der auszurichtende Betrag soll sich nicht an einem fixen Wert orientieren, sondern er soll vielmehr auch in dynamischer Weise ermittelt und nach objektiven Kriterien bemessen werden können. Die Situation würde sich automatisch an der finanzpolitischen Grosswetterlage orientieren; mal könne mehr, mal wieder weniger bereitgestellt werden.

Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, bedauert die Vorbringung eines Sparantrages, welcher mit diesem Postulat völlig aus dem Zusammenhang einer Gesamtsicht gerissen sei. Schmausser appelliert an die Verhältnismässigkeit; er meine, nicht korrekt zu realisieren, wenn am selben Abend zweistellige hohe Millionenbeträge als Investition für die Erweiterung einer Schulanlage gesprochen werden, der selbe Rat aber in einem weiteren Traktandum darüber diskutiere, nun einen Bruchteil dieser Kosten in der Laufenden Rechnung einzusparen. Die Not in der Welt sei gross und liesse sich nicht mit einer solchen paradoxen Betrachtungsweise vereinbaren. Man stünde am Abgrund einer sich anbahnenden Katastrophe, wie sie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr eingetreten sei.

Im Weiteren sei das Zusammenleben innerhalb Europas noch immer ein unvollendetes Werk. Gemeinderat Schmausser erinnert an die Balkankriege in den 90er Jahren usw. Partnerschaften seien zur Minderung solcher Konflikte daher geradezu notwendig – Spenden würden Not zwar nicht beseitigen, aber lindern.

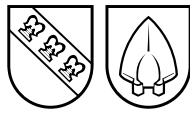
Gemeinderat Erik Schmausser ersucht den Rat um Solidarität und damit um Nichtüberweisung des vorliegenden Vorstosses, während er die FDP-Fraktion inständig darum bittet, das vorstehende Postulat ablehnend zu betrachten und die eigenen, durchaus kreativen Ideen in einem separaten Vorstoss zu formulieren; diesem wäre in einer neuen Form wohl mehr Aussicht auf Unterstützung und Erfolg beschieden.

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, schliesst sich seinem Vorredner an. Im Gegensatz zur dargelegten Auffassung von Gemeinderat Marco Nuzzi soll diese wichtige Sache nicht alleinig der Bundesinstanz überlassen bleiben, sondern vielmehr soll auch in dieser Sache das Subsidiaritätsprinzip greifen.

Kindlimann war empört, als ihm dieser Vorstoss unterkam; dieser zeichne sich durch seine absolut undemokratische Betrachtungsweise aus, wenn man bedenke, dass der Grosse Gemeinderat erst vor kurzer Zeit den Voranschlag – mitunter auch zu Fragen, welche die Entwicklungshilfegelder beschlagen – behandelt habe und dort in Wahrung der politischen Rechte einen Beschluss gefasst hatte, der nun auf diese Art und Weise bereits wieder torpediert und kolportiert werden soll.

Dass knapp zehn Tage, nachdem das Budget beschlossene Sache war, ein solches Ansinnen auf dem Tisch des Hauses lande, mute fragwürdig an. Der Stadtrat habe seine Hausaufgaben im Rahmen des Sparpaketes erledigt und ist nicht anzuhalten, auf diesem Weg neuerliche Einsparungen einzuleiten.

Ebenso falle störend in Betracht, dass sämtliche Inhalte über einen Leist gebrochen werden; die Konti seien keinesfalls zu vermischen. Interessant wäre es, von der urhebenden Partei zu hören, in welcher Form denn ihre konkreten Vorschläge bzw. Beiträge zum Umgang mit der angesprochenen Situation daher kämen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 5. März 2015

Gemeinderat Daniel Hari, EVP, schliesst sich jener seiner Vorredner an, die das Postulat zur Nichtüberweisung empfehlen. Es sei zwar korrekt, dass die Situation im Auge zu behalten sei, man dies aber vor allem am richtigen Ort tun soll. Das Wort „dulden“ im titelgebenden Postulat wirke paradox, denn Spenden müssten aus vollster Überzeugung erfolgen und nicht bloss toleriert werden. Gemeinderat Hari nimmt einen Verzicht gerne in Kauf, denn mit Wenigem könne andernorts sehr Vieles bewirkt werden.

Zur Situation im Inland kann sich Hari nicht detailliert äussern, da er sich über die hiesige, tatsächliche Situation zu wenig im Bilde sieht, um hier eine Stellungnahme dazu abzugeben. In dieser Sache setze er aber Vertrauen in den Stadtrat.

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP/JLIE, bekräftigt sein - im früheren Verlauf der Debatte - abgegebenes Votum. Die Intention beschlage nicht die Entlastung der Laufenden Rechnung, sondern weit mehr die künftige Strategie in der Sache. In der bisherigen Diskussion wurden Fakten (z.B. mit der Investitionsrechnung) vermischt, was gefährlich sei.

Der Stadtrat sei einzuladen, auf Basis des Gemeindeversammlungsbeschlusses der Gemeinde Illnau anno 1972 Ideen zu entwickeln und Prozesse zu überdenken. Dem Grossen Gemeinderat steht es lediglich zu, den Budgetrahmen für die diesbezüglichen Massnahmen vorzugeben. Über die dezidierte Auswahl der Projekte, die berücksichtigt werden sollen, möge der Stadtrat nach wie vor selbst entscheiden; dies sei nicht Aufgabe des Parlamentes, wenn auch einige Vertreterinnen und Vertreter diese Kompetenz gerne für sich beanspruchen möchten.

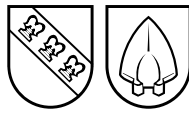
Postulant René Truninger, SVP, adressiert sich an Gemeinderat Erik Schmausser. Das vorgebrachte Ansinnen der SVP bestünde nicht in einem Sparantrag, sondern komme in der Form eines Postulates daher. Die für Postulate übliche Einleitungsfloskel laute sodann auch: „Der Stadtrat werde eingeladen zu prüfen, ob ...“. Es dürfe doch sehr wohl dazu angeregt werden, einen 40 Jahre zählenden Entscheid zu überdenken.

Gemeinderat Truninger bedankt sich bei Marco Nuzzi für das dargelegte Votum und würdigt die Idee, wonach die Ermittlung des Unterstützungsbeitrages auch dynamisch ausgestaltbar sei, positiv.

Zudem habe René Truninger sich bewusst dafür entschieden, offen zu lassen, inwiefern welche Projekte unterstützt werden – der Stadtrat soll nach wie vor von dieser Kompetenz Gebrauch machen können.

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, möchte zu bedenken geben, dass der seinerzeitige Beschluss der Gemeindeversammlung um die inzwischen 40 Jahre lang aufgelaufene Teuerung zu bereinigen sei und somit von mindestens Fr. 80'000.- bis Fr. 1 Mio. ausgegangen werden muss. Innerhalb dieses Rahmens dürfe sich der Stadtrat gerne bewegen.

Die Ratspräsidentin stellt Erschöpfung der Diskussion fest und schreitet zur Abstimmung.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 5. März 2015

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

BESCHLIESST:

1. Das dringliche Postulat von Gemeinderat René Truninger, SVP, und Mitunterzeichnenden, betreffend „Spenden dulden – nicht mit Schulden“ wird dem Stadtrat nicht zur Beantwortung überwiesen.
2. Der Vorstoss wird sodann als erledigt abgeschrieben und entfällt damit der Pendenzenliste.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Abteilung Präsidiales (Geschäftsakten).

Die Zählermittlung durch die Stimmenzählenden ergibt ein paritätisches Resultat von 17 zu 17 Stimmen, die sich für bzw. gegen die Überweisung des vorstehenden Postulates zu Händen des Stadtrates aussprechen. Laut Art. 50 Abs. 4 GeschO GGR steht dem Präsidium in solchen Fällen der Stichentscheid zu, mit welchem die Vorsitzende das Postulat dem Stadtrat sodann nicht zur weiteren Bearbeitung überweist.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 06.03.2015

ms